

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG



Fußball und mehr

Verwegen: Fabien Barthez
Verschossen: Uli Stielike
Verlässlich: Deco
— Seiten 17 - 26

Verkalkuliert: Griechenland
Verbannt: Martin Sonneborn
Verwurzelt: Portugiesen



Göttlicher Einfluss

Die Politik muss sich viel stärker mit Glaubensfragen beschäftigen, sagt Madeleine Albright.
FR:PLUS Politik · Seiten 27-32

Ohne Chance

Sind Flüchtlinge aus Afrika erst in Italien gelandet, erleben sie dort nur Willkür.
— Dokumentation · Seite 7

Anzeigen heute:

STELLEN: 114 Anzeigen
AUTOS: 235 Anzeigen
IMMOBILIEN: 550 Anzeigen

Mittwoch, 5. Juli 2006 | D-Ausgabe

www.fr-online.de

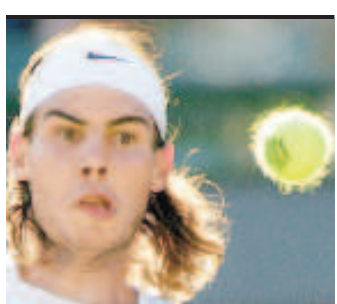
D 2972 | Jahrgang 62 | Nr. 153/27 | Preis: 1,30 Euro

ÜBERBLICK

Einkaufen ohne Limit

Die meisten Bundesländer wollen den Einzelhändlern künftig erlauben, von Montag bis Sonntag 24 Stunden zu öffnen. Nur das Saarland will die bestehenden Ladenöffnungszeiten beibehalten.

— Wirtschaft · Seite 11



Nadal wehrt sich

Der spanische Tennisspieler Rafael Nadal wehrt sich in Wimbledon gegen Gerüchte, die ihn mit dem Dopingkandal in seiner Heimat in Verbindung bringen.

— Sport · Seite 23

Kasparows Gegengipfel

Ein von Ex-Schachweltmeister Garry Kasparow organisiertes Treffen russischer Menschenrechtler mit Vertretern der G-8-Staaten ärgert Russlands Präsident Wladimir Putin gewaltig.

— Politik · Seite 6

Große Baukunst

Luxemburg hat ein Museum für zeitgenössische Kunst erhalten, das „Mudam“. Architekt ist Ieoh Ming Pei. Der 89-jährige Sinoamerikaner ist weltweit einer der größten Baukünstler.

— Feuilleton · Seite 16



Pflüger in Berlin

Für die CDU will Friedrich Pflüger, Regierender Bürgermeister, werden. Der Widersacher des populären Amtsinhabers Wowereit kämpft um Bekanntheit.

— Politik · Seite 3

Änderungen für Beamte

Die Landesregierung wird in der nächsten Woche verkünden, welche Konsequenzen sie aus der Föderalismusreform zieht. Dazu zählen auch Änderungen beim Beamtenrecht.

— Region · Seite 14

INHALT

Leserbriefe	7
Fernsehen und Medien	8, 9
Aus Aller Welt	10
SUDOKU	10
Wirtschaft	11-13
Frankfurt & Hessen	14
Feuilleton	16
Wetter	32

Frankfurter Rundschau

60266 Frankfurt am Main
Telefon 069/21 99-1
Anzeigenannahme:
Telefon 01803/202020 (9 ct./Min.)
Fax 069/21 99-3264
Abo-Leserservice:
Telefon 01803/866866 (9 ct./Min.)
Fax 069/21 99-3264
Internet: www.fr-online.de

Belgien €2,00 · Frankreich €2,00 · Niederlande €2,00 · Spanien €2,20
Italien €2,20 · Österreich €2,00 · Luxemburg €2,00 · Schweiz CHF3,50



D 2972

Koalition weitet Datenschnüffelei aus

Mehr Befugnisse für Geheimdienste geplant / Opposition ist empört

Die große Koalition will den Zugriff der Geheimdienste auf Daten erweitern. Opposition und Bürgerrechtler sehen darin einen Verstoß gegen das Grundgesetz.

FRANKFURT A. M. · Die Geheimdienste sollen nach dem Willen der großen Koalition künftig verstärkt auf Flugtag-, Konten- und Telekommunikationsdaten zugreifen können. Das soll nicht nur bei der Abwehr von Terror möglich sein, sondern auch, um „verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland“ aufzuklären, „die die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt fördern“. Dabei sollen sie unter anderem den „Imsi-Catcher“ zur Identifikation von Mobiltelefonen einsetzen.

Mit dieser Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes vom Januar 2002 will die Koalition nach den Worten von SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz „Lücken im Anti-Terror-Kampf“ schließen. Im extremistischen Spektrum gebe es „einige intellektuelle Täter“, die eine „Brücke zum Terrorismus“ bilden, sagte er der FR. Als Beispiele nannte Wiefelspütz Rechtsextremisten, die zu Gewalt aufhetzen, und islamistische Hassprediger.

Diese Täter würden vom Terrorismusbekämpfungsgesetz bislang nicht erfasst, sagte Wiefelspütz. Deshalb müssten die Befugnisse von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischem Abschirmdienst „maßvoll“ erweitert werden.

Die Opposition sieht dagegen eine massive Beschneidung der Grundrechte sowie eine Erosion der Grenzen zwischen Geheimdiensten und Polizei. Die Befugnisse der Dienste würden „ins Uferlose ausgeweitet“, sagte der Grünen-

Rechtsexperte Wolfgang Wieland der FR. Instrumente, die zur Terrorabwehr gedacht gewesen seien, würden zum „allgemeinen Instrumentarium“. Der Grünen-Innenexperte Volker Beck sagte, damit stelle man die Akzeptanz der Bevölkerung für Grundrechtseingriffe „auf Spiel“. Was bei der Abwehr von Terror verhältnismäßig sei, dürfe nicht gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen eingesetzt werden, die „hin-sichtlich ihrer Gefährlichkeit in keiner Weise vergleichbar sind“.

Auch der FDP-Innenexperte Max Stadler rügte: „Die Verhältnismäßigkeit der Mittel ist nicht mehr gewahrt.“ Die Einschnitte in die Grundrechte würden „immer tiefer“. Wolfgang Neskovic, Rechtsexperte der Linkspartei, sagte, die Pläne seien „ein weiterer Schritt in den Überwachungsstaat und ein neuer Angriff auf das Grundgesetz“.

Die Humanistische Union sprach von einer „Ohrfeige für alle Parlamentarier“, die sich um die Aufklärung der BND-Affäre bemühten. Es verhöhne den Rechtsstaat, Befugnisse von Geheimdiensten auszudehnen, die sich nicht an Gesetze hielten. KARIN DALKA
Kommentar Seite 3

GESETZ

■ Das „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ von 2002 war eine Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001.

■ Das Paket, das aus Änderungen von 21 Einzelgesetzen und Verordnungen besteht, erweitert die Eingriffsrechte der Geheimdienste erheblich.

■ Die befristeten Regelungen, die Ende 2006 auslaufen, sollen nach dem Willen der Koalition erweitert und um fünf Jahre verlängert werden. DAC

Geisel-Schicksal offen

Palästinensische Kidnapper brechen Kontakte ab

Nach Ablauf eines Ultimatums bleibt das Schicksal des von Palästinensern entführten israelischen Soldaten ungewiss.

GAZA · Die Kidnapper brachen am Dienstag Kontakte zu ägyptischen Vermittlern ab und erklärten, keine Informationen mehr über den Zustand des Verschleppten zu übermitteln. Ein Sprecher der „Islamischen Armee“, die an der Entführung von mehr als einer Woche beteiligt war, betonte jedoch, man werde Gilad Schalit nicht töten, weil dies mit den Gesetzen des Islams unvereinbar sei. Israelische Panzer drängen unterdessen tiefer in den nördlichen Gazastreifen vor.

Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert bekräftigte nach einem Besuch in der Grenzstadt Sderot, Israel werde Erpressungsversuchen nicht nachgeben. Ein Ultimatum der Entführer war am Morgen abgelaufen. Gemäß der Forderung der Entführer sollte Israel bis dahin rund 1400 palästinensische Häftlinge freilassen. Er habe die Streitkräfte angewiesen, gegen „Terroristen, diejenigen, die sie geschickt haben, und diejenigen, die sie finanzieren“, vorzugehen, sagte Olmert.

Die palästinensischen Entführer erklärten, Grund für den Abbruch von Gesprächen mit Vermittlern sei die israelische Haltung, nicht auf Forderungen einzugehen, wie Osama Musini, ein Anführer der radikal-islamischen Hamas, sagte. Unter Führung des militärischen Arms der Hamas war der Soldat aus einem Grenzposten verschleppt worden. Der zur Hamas gehörende Ministerpräsident Ismail Hanija forderte verstärkte Anstrengungen für eine diplomatische Lösung.

Olmert schloss Verhandlungen über eine Freilassung Schalits erneut aus. Niemand solle glauben, dass sich Israel von Kidnappern in die Knie zwingen lasse. Ein Regierungssprecher erklärte, der am 25. Juni verschleppte Schalit sei verletzt, aber noch am Leben. DPA/AP
Seite 6

gefreilassen. Er habe die Streitkräfte angewiesen, gegen „Terroristen, diejenigen, die sie geschickt haben, und diejenigen, die sie finanzieren“, vorzugehen, sagte Olmert.

Die palästinensischen Entführer erklärten, Grund für den Abbruch von Gesprächen mit Vermittlern sei die israelische Haltung, nicht auf Forderungen einzugehen, wie Osama Musini, ein Anführer der radikal-islamischen Hamas, sagte. Unter Führung des militärischen Arms der Hamas war der Soldat aus einem Grenzposten verschleppt worden. Der zur Hamas gehörende Ministerpräsident Ismail Hanija forderte verstärkte Anstrengungen für eine diplomatische Lösung.

Olmert schloss Verhandlungen über eine Freilassung Schalits erneut aus. Niemand solle glauben, dass sich Israel von Kidnappern in die Knie zwingen lasse. Ein Regierungssprecher erklärte, der am 25. Juni verschleppte Schalit sei verletzt, aber noch am Leben. DPA/AP
Seite 6

Struck sieht SPD von Merkel getrogen

Gesundheitsreform stößt auf großes Missfallen / Steuerfinanzierung „zu schwach“

Die Kritik am Gesundheitskompromiss wird schärfer. SPD-Fraktionschef Struck warf Kanzlerin Merkel Wortbruch vor. Die Krankenkassen halten die vorgesehene Beitragserhöhung für nicht ausreichend.

BERLIN · Als „sehr eigenartig“ hat SPD-Fraktionschef Peter Struck bezeichnet, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sich nicht daran gehalten habe, das Gesundheitssystem stärker aus Steuern zu finanzieren, wie sie mit der SPD vor der entscheidenden Kompromiss-Sitzung vereinbart habe. Merkel habe dem Druck der CDU-Ministerpräsidenten nachgegeben. „Das darf nicht mehr oft passieren. Das darf eigentlich gar nicht passieren“, sagte Struck nach einer SPD-Fraktions-sitzung am Dienstag in Berlin.

Merkel verteidigte dagegen den Gesundheitskompromiss „als das Beste, das aus meiner Sicht tragfähig ist“. Weitere Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode wären

nach ihrer Überzeugung auf große Akzeptanzprobleme gestoßen. Bei einem Auftritt der Spitzen der Koalitionsparteien wertete SPD-Chef Kurt Beck die Einigung als Beweis für die Handlungsfähigkeit der Koalition. Sein CSU-Kollege Edmund Stoiber sprach von einem „Einstieg in eine echte Strukturreform.“ Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) rechtfertigte die geplante Beitragserhöhung damit, dass die Kassen schuldensfrei in ein neues System starten müssten.

„Junge benachteiligt“

Neben der Opposition und der Wirtschaft gingen auch Mitglieder der Regierungsparteien auf Distanz zu den Beschlüssen. SPD-Vorstandsmitglied Niels Annen bemängelte, der Einstieg in die Steuerfinanzierung des Gesundheitswesens falle zu schwach aus. Mehrere Nachwuchspolitiker der Union rügten, die Reform benachteilige die junge Generation. „Von einem Erfolg kann keine Rede sein, weil weder

Wettbewerb noch Sparsamkeit Leitlinien der Reform sind“, sagte der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder. Nach Ansicht von Grünen-Chef Reinhard Bütikofer kommen auf die Versicherten wachsende Belastungen zu.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen warfen der Koalition vor, „ihre Handlungsfähigkeit zu kaschieren“. Die von Merkel für Anfang 2007 angekündigten Beitragssatzsteigerungen um rund 0,5 Prozentpunkte reichten nicht aus, um die Finanznot der Kassen zu beheben. Die „Untätigkeit“ koste die gesetzlich Versicherten „Milliarden“.

Der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach warf der Koalition in einem Beitrag für die FR vor, mit der Gesundheitsreform das Gerechtigkeitsrisiko in der Gesellschaft zu vergrößern. Die Wohlhabenden und gesundheitlich Starken könnten sich „weiterhin aus der erwerbswirtschaftlichen Solidarität ausklinken“. T.KRÖTER, M.BERGIUS
Seiten 2 und 5; Kommentar Seite 3

Trauer um die Opfer



Tausende Spanier haben am Dienstag landesweit der Opfer des U-Bahn-Unfalls in Valencia gedacht. Tags zuvor waren 41 Menschen gestorben, nach dem der

Zug doppelt so schnell fuhr wie erlaubt. Das ergab die Auswertung der Zugdaten. BILD: M.DUNHAM/AP
Seite 10

Terrorabwehr CIA organisiert Jagd auf bin Laden neu

NEW YORK · Der US-Geheimdienst CIA hat laut einem Zeitungsbericht eine interne Abteilung geschlossen, die jahrelang für die Jagd auf El-Kaida-Chef Osama bin Laden zuständig war. Das Referat mit dem Decknamen „Alec Station“ sei bereits Ende 2005 aufgelöst worden, berichtete die New York Times am Dienstag.

Gewährsleuten zufolge beruht die Aufgabe von „Alec Station“ auf der Annahme, dass El Kaida nicht mehr so hierarchisch strukturiert ist wie früher. Außerdem bereiteten dem Geheimdienst zunehmend gruppenartige, in Anlehnung an das Terrornetzwerk, aber unabhängige bin Laden und dessen Stellvertreter Ajman al Sawahri Anschläge aus. Die Suche nach bin Laden und seinen Vertretern sei weiterhin enorm wichtig, heißt es in dem Artikel weiter. Die CIA könne jedoch erfolgreicher arbeiten, wenn sie sich auf regionale Entwicklungen konzentrierte statt auf einzelne Organisationen oder Personen. AP

DIE ECKE

Trockenzeit

BANGKOK · Die Fußball-Weltmeisterschaft hat offenbar einen schlechten Einfluss auf die Menschen in Thailand. Ministerpräsident Thaksin Shinawatra redete seinem Volk am Dienstag ins Gewissen: „Die Thailänder trinken zu viel während der WM. Ich möchte die Thailänder ermutigen, ihren Alkoholkonsum zu reduzieren oder diese Angewohnheit ganz aufzugeben.“ Thaksin mahnte die Fußballfans, die bevorstehende buddhistische Fastenzeit einzuhalten. „Als Buddhisten sollten die Thailänder die Gelegenheit ergreifen und den Genuss von Alkohol während der Fastenzeit einstellen“, sagte er.

Allerdings endet die Weltmeisterschaft am 9. Juli, und die dreimonatige Fastenzeit beginnt erst einen Tag später, so dass auch gläubige Thailänder beim Finale noch guten Gewissens das eine oder andere alkoholische Getränk zu sich nehmen können. AP

JUSTIZ

Polizei will von Drohung gegen Gäfgen nichts mehr wissen

Die Frankfurter Polizei bestreitet in einem aktuellen Papier erneut, dass Magnus Gäfgen, dem Mörder Jakob von Metzlers, mit Schmerzen gedroht wurde.

VON K. CEBALLOS BETANCUR

Rund einhalb Jahre nach dem Nötigungs-Urteil gegen den früheren Frankfurter Polizei-Vizepräsidenten Wolfgang Daschner ist in einer Stellungnahme des Polizeipräsidentiums Frankfurt am Main, die der FR in Auszügen vorliegt, Folgendes zu lesen: Der seinerzeit von Daschner mit der Drohung beauftragte Beamte habe „den Tatbestand der Nötigung gem. § 240 StGB nicht erfüllt, da er den Antragsteller nicht rechtswidrig durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung genötigt hat“. Anlass für die Stellungnahme ist ein Prozesskostenhilfeantrag Gäfgens, der das Land

Hessen in einem Zivilverfahren wegen rechtswidrigen Staatshandelns verklagen will.

Das Frankfurter Landgericht war im Strafverfahren zum gegenständlichen Schluss gekommen und hatte beide Beamte wegen Nötigung im besonders schweren Fall respektive wegen Verleitung dazu verurteilt. Der „Fall Daschner“ hatte zu einer kontroversen Diskussion über die mögliche Zulässigkeit von Folter geführt. Juristen und Politiker bewerteten die Verurteilung der Angeklagten im Dezember 2004 zu Geldstrafen auf Bewährung als Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Das Urteil des Landgerichts Frankfurt sei für das zivilrechtli-

che Strafverfahren „nicht bindend“, heißt es in dem Papier des Polizeipräsidentiums Frankfurt am Main weiter. Theoretisch richtig, räumt Gäfgens Anwalt, Michael Heuchemer, ein, „aber sehr verweigen“, würden die Beamten auf diesem Wege doch „wieder ins Recht gesetzt“. Die erneute „Rechtfertigung“ der gerichtlich festgestellten Nötigung bezeichne Heuchemer als „rechtsstaatlichen Skandal und eine gezielte Missachtung der gesetzlichen Beschuldigtenrechte“. Die Pressestelle des Polizeipräsidentiums war am Dienstag nicht bereit, die Stellungnahme weiter zu kommentieren.

Sein Mandant und er bedauerten, „dass wir einen materiellen Schaden geltend machen müssen“, so Heuchemer, die Reaktion der Polizei zeige aber, „wie entscheidend das Eintreten gegen Geständnis-zwang weiterhin bleibt“. Sollte



Der ehemalige Frankfurter Polizei-Vize, Wolfgang Daschner.

Gäfgen, der 10 000 Euro Schadenersatz geltend macht, mit seiner Klage Erfolg haben, werde er das Geld spenden.

In einem weiteren Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, in dem Heuchemer Gäfgen wegen der Schmerzandrohung vertritt, gab die Bundesrepublik nun eine Stellungnahme ab. Einzelheiten sind bisher aber nicht bekannt.

Gäfgen hatte im September 2002 den elf Jahre alten Bankierssohn Jakob von Metzler ermordet. Bei der stundenlangen Befragung im Polizeipräsidentium weigerte er sich, den Aufenthaltsort seines Opfers preiszugeben, das die Beamten noch am Leben wähnten. Daschner hatte Gäfgen daraufhin androhen lassen, ihm unter ärztlicher Aufsicht Schmerzen zuzufügen, und den Vorgang mit einer Aktennotiz dokumentiert.